

C.44.Bu.117.-PL.

Bern, den 31. Oktober 1946.

## N O T I Z

=====

Vorbesprechung betreffend die Verhandlung mit  
Bulgarien vom 29. Oktober 1946, 0900 - 1200.

---

Vorsitz: Herr Dr. Tröndle.

Anwesend die Herren:

Handelsabteilung: Bauer,  
Fürsprech Otz,  
Bölsterli, Hegetschweiler,  
Sektion für Ein- und Ausfuhr des eidg. Volkswirtschafts-  
departements: Keppler,  
Minister de Jenner, Gesandtschaft Sofia,  
Eidg. Politisches Departement: Legationsrat Kappeler,  
Dr. Hess,  
Kriegstransportamt: Dietschi,  
Schweizerische Verrechnungsstelle: Direktor Mürner,  
Vorort Dr. Aebi,  
Schweizerischer Bauernverband: Dr. Borel,  
" Bankiervereinigung: Dunant und Dr. Rösle,  
Verband konzessionierter Versicherungsgesellschaften:  
Dr. Grossmann,  
Schweizerischer Gewerbeverband: Dr. Münt.

-----

Dr. Tröndle orientiert, dass auf bulgarischen Wunsch in  
Sofia Verhandlungen aufgenommen werden sollen. Die Verhand-  
lungsgegenstände sind folgende:

1. Liquidierung des Clearingsaldos von 7,6 Mio. Schweizerfran-  
ken.
2. Finanztransfer, Bedienung der öffentlichen Schuld.
3. Ausbau des Warenaustausches, Einbezug von vom Versorgungs-  
standpunkt interessanten Waren.
4. Ausbau des schweizerischen Exportes, da unsere Industrie  
ein Interesse hat, sich auf dem bulgarischen Markt zu be-  
haupten.
5. Schutz der <sup>in B</sup> bulgarisch <sup>erw</sup> erworbenen schweizerischen Rechte.



## 1. Warenaustausch.

Otz referiert über die bisherigen Anstrengungen, den Clearingsaldo von ursprünglich 12 Mio. Franken zu reduzieren. Bei Warenkompensation wurde seit Anfang 1944 verlangt, dass 50%, seit Anfang 1946 25% ins Clearing einbezahlt werden. Insbesondere Tabakgeschäfte halfen auf diese Weise, dass der Saldo auf gegenwärtig 7,6 Mio. Franken reduziert werden konnte.

Auf unsere Anfrage gab uns die bulgarische Regierung eine Liste von Waren bekannt, die sie liefern könnte: Seidenabfälle, Rohzickefelle, Heilkräuter, Opium, Schweinsborsten Tierhaare, Samen, (kein schweiz. Interesse), Furniere, Roh-eichenparkette, Fruchtpulpe, Bettfedern, Därme, Kalbermagen, Spiritus, Wein. Für die meisten dieser Waren besteht unter Vorbehalt der Preise ein gewisses schweizerisches Interesse. Man kann mit folgenden Werten kalkulieren: Aufgezählte Waren 4 Mio., Eier 2 Mio., Tabak 4-5 Mio., total somit 10 Mio. Schweizerfranken.

Gegenwärtig sind pendent: Tabakgeschäfte im Betrage von 20 - 24 Mio. Schweizerfranken (teilweise Dreieckgeschäfte mit Italien und der Tschechoslowakei.) Bei Einzahlung von 25% auf Clearingkonto könnte der Saldo durch diese laufenden Geschäfte auf 1 Mio. Schweizerfranken reduziert werden.

Die Bulgaren sollen insgesamt 7000 Tonnen zur Verfügung haben. Unser Jahresbedarf ist aber maximal 400 Tonnen.

Dunant hat gehört von grossen Tabakbedürfnissen einer Genferfirma.

Mürner: Es handelt sich offenbar um Dreieckgeschäfte, die wir nicht als feste Posten in einen Vertrag einsetzen können. Sie beruhen auf der gegenwärtigen Konstellation, die wir natürlich zu unseren Gunsten ausnützen werden, sofern es handelspolitisch geht. Früher gestatteten jedoch die Bulgaren einen Wiederelexport von Tabak nicht.

Aebi referiert über die bulgarischen Bezugswünsche, die er mit den schweizerischen Lieferanten abgeklärt hat.

Medikamente, Anilinfarben, Chemikalien, Instrumente, elektrische Apparate, Maschinen, Metalle (Drähte, Siebe,) Aluminium. Die schweizerischen Firmen zeigten sich an Lieferungen nach Bulgarien interessiert. Die Lieferfristen sind mit wenigen Ausnahmen die üblichen (meistens 6 Monate, elektrische Apparate 20-34 Monate). Von dieser Seite dürften somit keine Schwierigkeiten entstehen, es wäre denn, dass die Bulgaren wie üblich an den Vorleistungen für Maschinen Anstoss nehmen.

Dr. Tröndle: Wir können annehmen, dass wir jährlich für 10 Mio. Schweizerfranken bulgarische Waren erhalten und der Clearing-saldo durch die laufenden Geschäfte abgetragen wird. Es stellt sich somit die Frage, wie die 10 Mio. Sfr. aufgeteilt werden sollen.

Dunant: Für die dette publique sind jährlich 900'000.- nötig. Die Rückstände seit 1941 betragen 5,4 Mio. Sfr.

Dr. Müntz: Es wäre interessant, wenn Bulgarien bei den Detailisten liegende Textilien aufkaufen würde. Tröndle und Aebi entgegen ihm, dass dafür wenig Hoffnung bestehe. Die staatlich gelenkte Wirtschaft betrachte Textilien nicht als dringendst benötigte Ware, insbesondere weil das Notwendigste auf Grund der Textilverarbeitungsverträge mit Russland beschafft werden kann. Man beobachte, dass die devisenschwachen und kriegsgeschädigten Balkanstaaten keine Luxusprodukte kaufen.

Dr. Borel: Man sollte sehen, dass die Eiereinfuhr statt 50 mindestens 100 Wagen beträgt, früher waren es 300 Wagen. Beim Wein empfiehlt er Vorsicht, da gegenwärtig ausserordentliche Verhältnisse nur vorübergehend eine Erhöhung des Kontingente verschiedener Länder erlaubt. Dagegen sollte die Delegation abklären, ob Bulgarien Interesse an schweizerischem Vieh hat.

Dir. Mürner: Die Preisfrage wird grosse Schwierigkeiten bieten. Jedenfalls wird das alte Preisüberbrückungs-System noch bei der Liquidation des Clearingsaldos und auf den laufenden Geschäften angewendet werden müssen. Eine Preisüberbrückung wäre aber für den zukünftigen Verkehr nicht mehr nötig, wenn

der Kurs von Fr.1. = 66 Lewa zugrundegelegt würde. Der Prämienfonds beträgt gegenwärtig ca. 1,5 Mio. Franken. Die Bulgaren glaubten er betrage 5-7 Mio.

Minister de Jenner: Der Grundkurs ist nach bulgarischem Recht immer noch Fr. 1.- = 18 Lewa. Die Nationalbank ist aber ermächtigt, unter bestimmten Voraussetzungen 250% Prämien zu bezahlen.

Dr. Tröndle ist damit einverstanden, dass wir versuchen als neuer Clearingskurs Fr. 1.- = 66 Lewa durchzusetzen.

Dunant verlangt, dass die Finanzgläubiger bei der Liquidierung des Prämienfonds ebenfalls partizipieren dürfen.

Dir. Mürner entgegnet, dass er damit einverstanden sei, wenn die Finanzgläubiger die an die Aeuftung des Fonds bisher nichts beigetragen haben, nachträglich bei allen Auszahlungen Prämien entrichten, wonach Dunant seinen Auftrag zurückzieht.

Dir. Mürner gibt noch bekannt, dass zu dem Clearingsaldo von 7,6 Mio. offene Forderungsanmeldungen von 2-4 Mio. Sfr. zu rechnen sind.

## 2. Transportproblem.

Dietschi: Da die bulgarischen Waren quantitativ nicht von Bedeutung sind, erwartet er keine Schwierigkeiten. Aber 1. Dezember wird übrigens die direkte Abfertigung Bulgarien-Schweiz über Yougoslavien möglich sein. Dagegen könnten wir für Kohlen keine Wagen stellen.

Otz erklärt, dass für bulgarische Kohlen in der Schweiz kein Interesse bestehe, insbesondere wegen der Preise.

## 3. Finanzforderung.

Dir. Mürner: Im bisherigen Abkommen war der Transfer von Einzelforderungen (ca. 500'000 Fr.) und Forderungen aus dem Versicherungszahlungsverkehr (50-100'000.-) möglich. Seit dem Kompensations-System war keine Quote für Finanzforderungen mehr vorgesehen. Eine teilweise Abtragung der Rückstände ermöglichte

die kürzliche Zahlung der "Rück". Für die Neuregelung befürchtet Dir. Mürner mit Bezug auf Einzelforderungen und Versicherungstransfer keine Schwierigkeiten.

Dunant referiert über die dette publique bulgare. Unsere Situation gegenüber Bulgarien ist gänzlich verschieden von derjenigen gegenüber andern Südoststaaten. Bulgarien gegenüber sind wir nämlich bereits soweit, wie wir den andern Staaten gegenüber erst auf Grund der neuesten Verträge sind: Bulgarien hat die dette publique immer anerkannt; es hat die entsprechenden Ausgaben in das Budget aufgenommen und Auszahlungen vorgenommen, wo dies auf Grund der Zahlungsabkommen möglich war (Frankreich und Holland).

Der erwähnte jährliche Betrag von 900'000.- umfasst die transferberechtigten 40% der ausbezahlten Zinse, wobei nur 50% der vertraglichen Zinse ausbezahlt werden.

Herr Dunant hatte vor einigen Tagen Gelegenheit mit dem kommunistischen Finanzminister Stefanov über die Angelegenheit zu sprechen. Dieser bestätigte, dass Bulgarien die dette publique anerkenne, die Zinsen ins Budget aufgenommen habe und diese nach Frankreich und Holland transferiere. Er begünstige den Abschluss eines Abkommens mit der Schweiz über die Bedienung der dette publique.

In Sofia sind somit eine Anzahl technischer Fragen zu regeln: Es müssten die Fälligkeiten bestimmt werden, die transferberechtigt sein sollen. Die Bulgaren werden wie Frankreich gegenüber zuerst die Ältesten noch nicht transferierten Fälligkeiten überweisen wollen. Für die dette publique darf daher nicht in Rückstände und neuen Verkehr aufgeteilt werden. Ein weiteres Problem ist die Organisation der Auszahlung in der Schweiz, da die Fälligkeiten vorher in Frankreich zahlbar gestellt wurden. Hierzu ist die Bestimmung einer schweizerischen Zahlensstelle notwendig. Dunant verlangt, dass den Bulgaren keine freien Devisen zur Verfügung gestellt werden, wenn nicht der Finanztrans-

fer befriedigend geregelt werden kann. Im gleichen Ausmass wie Rückstände von Wareneinzahlungen geregelt werden, müssen auch Finanzrückstände berücksichtigt werden. Eine Finanzquote von 20% für die dette publique scheint Dunant notwendig. Zur Behandlung dieser technischen Fragen scheint es Dunant unumgänglich, dass ein Vertreter der Bankiervereinigung der Delegation angehört. Dieser Vertreter könnte auch gewisse Fragen von bedrohten schweizerischen Beteiligungen behandeln, z.B. im Zusammenhang mit Nationalisierung des Tabakhandels.

Legationsrat Kappeler: Wir haben uns bemüht durch Aufruf zu erfahren, wer Ansprüche an Vermögenswerte zu stellen hat, die als deutsche an Bulgarien übergehen. Es meldete sich niemand.

Min. de Jenner: Der Gesandtschaft sind keine Einzelfälle gemeldet worden. Er glaubt im übrigen, dass die Gesandtschaft die Hilfe der Delegation auch mit Bezug auf die Granitoid nicht benötige.

Dr. Tröndle: Das eidg. Politische Departement soll jedenfalls die nötige Dokumentation besorgen.

#### 4. Versicherungszahlungsverkehr.

Dr. Grossmann: Vorläufig wird die schweizerische Assekuranz genötigt sein, Zahlungen nach Bulgarien zu leisten. Normalerweise wird aber mit einer Belastung des Clearings von maximal 140'000.- zu rechnen sein. Die Kursfrage ist wichtig. Nur wenn die Devisenprämie von 250% gewährt wird, ist das Versicherungsgeschäft in Bulgarien für die Schweiz interessant. Ferner verlangt die Assekuranz, dass interne Lewazahlungen wieder gestattet werden.

Dr. Tröndle erklärt abschliessend: Mehr als 30% des Warenverkehrs können nicht für nicht kommerzielle Zahlungen reserviert werden.

Ein Kredit an Bulgarien kommt nicht in Betracht, auch wenn es schwer sein wird Auswege zu finden, wie dies gegenüber Ungarn,

-7-

Yugoslawien und Polen möglich war, da im Verkehr mit Bulgarien die Basis fehlt.

Das Begehren der Bankiervereinigung auf Teilnahme an der Delegation wird er sich noch überlegen. (Am 30. Oktober wird sodann entschieden, dass Dr. Rösle von der Bankiervereinigung an den Verhandlungen teilnehmen wird).

*Kess*